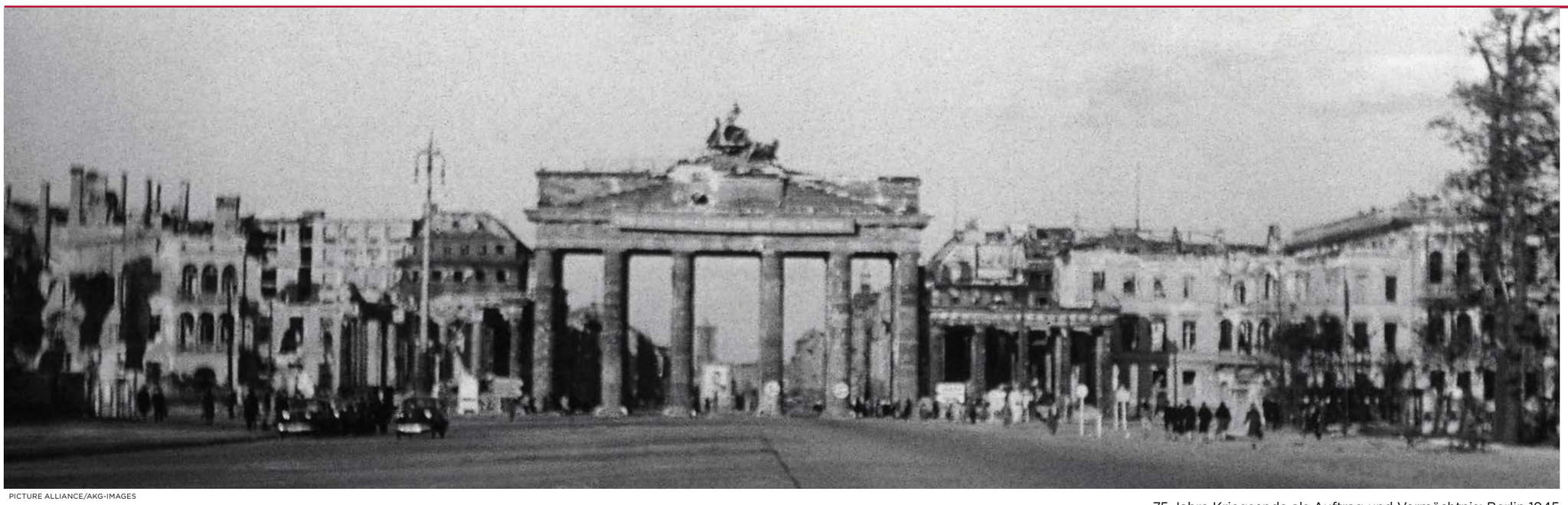
DER HAUPTSTADTBRIEF

18. WOCHE | AM SONNTAG | 03.MAI 2020



PICTURE ALLIANCE/AKG-IMAGES

75 Jahre Kriegsende als Auftrag und Vermächtnis: Berlin 1945

Die Worte meines Vaters

Ein besonderes Verhältnis: Deutschland und Russland 75 Jahre nach Kriegsende | Von Ronald Pofalla

Mit dem 8. Mai 2020 nähern wir uns einem besonderen Datum in der Geschichte Deutschlands, Europas und der ganzen Welt. An diesem Tag vor 75 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende – mit Inkrafttreten der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, die am Tag zuvor in Reims besiegelt wurde. Am 8. Mai 1945 endeten die Kampfhandlungen, die so unermesslices Leid über die Menschheit gebracht haben. Insbesondere die Völker der Sowjetunion trugen mit Millionen Opfern die Hauptlast dieses Krieges gegen Hitler-Deutschland.

Meinem Vater Heinrich, Jahrgang 1925, wird dieser Tag der Erinnerung und des Gedenkens sehr nahegehen. Er gehört zu jener Generation, die als Jugendliche eingezogen wurden. Mit 17 Jahren musste er an die Front und geriet später in russische Kriegsgefangenschaft.

Bis heute reden wir über diesen Krieg und das besondere Verhältnis von Russen und Deutschen. Schon als Jugendlicher gab er mir auf den Weg: „Nie wieder Krieg, nie wieder Krieg mit Russland!" Die Worte sind eine Art Vermächtnis seiner Lebenserfahrung für mich; sie prägen und bewegen mich bis heute.

In unseren Gesprächen heute geht es natürlich noch mehr und immer wieder um das aktuelle Russland – um gute und nicht so gute Entwicklungen. Mein Vater ist trotz seines hohen Alters über alles, was in Russland geschieht, gut informiert und wirklich an allem interessiert.

Die Krise zwischen Russland und dem Westen verhinderte schon vor fünf Jahren ein gemeinsames Gedenken der europäischen Staaten an das Ende des Zweiten Weltkriegs. Mir ist sehr erinnerlich, wie der damalige Bundespräsident Joachim Gauck 2015 bewegende Worten für das Leid der sowjetischen Soldaten fand. Gauck mahnte, dass wir „eine wirkliche Empathie, ein wirklich bewegendes, unser Inneres, unser Herz, unsere Seele bewegendes Gedenken" an deren Leid entwickeln müssen. Von den 5,3 Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft hat nicht einmal die Hälfte überlebt.

Die politische Situation ist auch am 75. Jahrestag weiter angespannt. Dabei ist das Vermächtnis dieses Tages heute wichtiger denn je. Denn 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sprechen Waffen in der Ostukraine, ist der europäische Frieden nicht mehr selbstverständlich.

Das aktuelle Verhältnis zwischen Russland und Deutschland bleibt weiter schwierig. Russland hat es in der Hand zu zeigen, ob es Interesse an einer Verbesserung des Klimas zum Westen hat. Mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine bleiben die wesentlichen Tatbestände in unseren Beziehungen leider bis heute kritisch.

Ich selbst habe seit mittlerweile über 40 Jahren Erfahrung im Umgang mit Russen – auf politischem Parkett, privat und seit 2015 als deutscher Ko-Vorsitzender des zivilgesellschaftlichen Gesprächsforums „Petersburger Dialog". Seitdem wächst bei mir die Überzeugung, dass es in Deutschland ein tiefes Bedürfnis gibt, mit Russland ein gutes Verhältnis zu pflegen. Ich wage sogar zu sagen: Die deutsche und die russische Gesellschaft sind sich viel näher, als das Politik derzeit kann.

Wir müssen im Gespräch bleiben. Ganz besonders in schwierigen Zeiten darf der Faden des Dialogs mit Russland nicht abreißen. Wir müssen einander Respekt zeigen und gegenseitiges Verständnis entwickeln. Das ist das Credo des im Jahr 2001 gegründeten „Petersburger Dialogs". Ich habe die Ehre, diesen auf zivilgesellschaftlicher Ebene einzigartigen Austausch zwischen unseren Ländern pflegen und mitgestalten zu dürfen. Die Leitung des „Petersburger Dialogs" ist für mich deshalb ein Bedürfnis.

Unsere deutsche Seite im „Petersburger Dialog" wird von mittlerweile 64 großartigen Mitstreitern getragen. In mehr als zehn Arbeitsgruppen, angesiedelt in den wichtigsten Lebensbereichen wie Wirtschaft, Ökologie, Politik, Zivilgesellschaft, Kultur, Medien, Gesundheit, Bildung und Wissenschaft, Kirchen und einer Zukunftswerkstatt, debattieren unsere Experten engagiert und hoch motiviert mit den russischen Kollegen. Einmal im Jahr tagt die Hauptversammlung mit 300 Teilnehmern und hochkarätigen Gästen. Im vergangenen Jahr waren wir mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen Gastgeber der Tagung in Königswinter. Die Außenminister Heiko Maas und Sergej Lawrow gaben uns die Ehre.

Die eigentliche Arbeit läuft das ganze Jahr über. Der Austausch bringt uns manchmal nur kleine Schritte voran, aber jeder Schritt zählt. Im Umgang mit den NGOs hat die russische Seite sich zwar etwas bewegt und kann besser mit Kritik umgehen als noch vor Jahren. Aber noch immer gibt es diese Liste der „unerwünschten Organisationen" und viele Verbote, die wir eindeutig ablehnen.

Ganz wichtig ist mir der Austausch und das gegenseitige Entsenden von Jugendlichen, was wir mit der vom „Petersburger Dialog" gewünschten und geforderten Befreiung von der Visumpflicht weiter voranbringen wollen. Nichts ist besser für die Annäherung, als eigene Eindrücke zu sammeln.

Was mir auch Hoffnung gibt: Es liegt in der russischen Mentalität, mit Widersprüchen besser leben zu können als wir und damit einen Konflikt zu führen und dennoch eine enge Beziehung zu haben. Ein gutes Verhältnis verträgt gute Debatten.

Der 8. Mai 1945 war das Datum für den Aufbruch in ganz neue Beziehungen unserer Völker. Mein Vater wird aufmerksam verfolgen, wie wir damit in der Zukunft umgehen.

DB AG/MAX LAUTENSCHLÄGER

RONALD POFALLA

Bundesminister a. D., ist seit 2017 Vorstand Infrastruktur der Deutschen Bahn AG und seit 2015 Vorsitzender des Petersburger Dialogs von deutscher Seite.

Der Weg zurück

Frieden und Demokratie: Deutschland und Amerika 75 Jahre nach Kriegsende | Von James D. Bindenagel

Am 8. Mai 1945, dem Tag des Sieges in Europa, feierten die Amerikaner die Niederlage des Naziregimes mit Umzügen, Flaggenschwenken und ausgelassenem Jubel über die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht. Auch für meinen Vater war dieser Tag ein Tag der Freude. Er war Soldat der 104. Infanteriedivision (Timberwolf), die am 25. April 1945 mit der sowjetischen Armee in Torgau zusammentraf. Für ihn endete der Krieg am 7. Mai, nach fast 200 Tagen des Kampfes in Frankreich, Belgien und Deutschland. Er kämpfte in den Schlachten um Antwerpen, Düren, in den Ardennen und im Hürtgenwald. Er half bei der Befreiung des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora nahe Nordhausen. Der Kampf um Halle (Saale) war der letzte für die 104. Infanteriedivision in Europa. Die Soldaten waren erleichtert, als der Krieg in Europa endlich endete, doch im Pazifik ging er noch weiter. Nach kurzem Heimaturlaub in den USA wurde die 104. Infanteriedivision nach Fort Lewis im Bundesstaat Washington gesandt, um sich auf die Invasion Japans vorzubereiten.

Aber nicht alle Kampfeinheiten, auch die meines Vaters nicht, wurden zum pazifischen Kriegsschauplatz verlegt, an dem der Krieg erst am 15. August 1945 endete. Bis zum Herbst 1945 wurde etwa die Hälfte der drei Millionen amerikanischen Soldaten in Deutschland aus dem Kriegsdienst entlassen. Amerika wurde Besatzungsmacht in Deutschland, und mit der Direktive JCS 1067 des US-amerikanischen Vereinigten Generalstabs wurden die Bedingungen der Besatzungspolitik festgelegt. Deutschland sollte nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als ein besiegter feindlicher Staat besetzt werden. Die vier alliierten Mächte übernahmen die oberste Regierungsgewalt und erhielten Rechte und Pflichten für Berlin und ganz Deutschland. Diese Rechte gründeten sich auf den Grundsätzen zur militärischen Besetzung von feindlichem Staatsgebiet (*occupatio bellica*) gemäß der Haager Konvention und blieben bis zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 in Kraft. Die Besatzung hatte die Schaffung von Frieden und Demokratie, nicht Unterdrückung zum Ziel.

Nur einige Monate später sprach US-Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart. Seine „Rede der Hoffnung" eröffnete den Deutschen erstmalig eine Aussicht darauf, eine eigene Regierung auf demokratischer Grundlage zu bilden, eine demokratische Verfassung zu entwerfen und die Autorität, die inneren Angelegenheiten wieder in die Hand zu nehmen, zurückzuerlangen. Byrnes sagte: „Das amerikanische Volk möchte die Regierung Deutschlands dem deutschen Volk zurückgeben. Das amerikanische Volk möchte dem deutschen Volk dabei helfen, seinen Weg zurück zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedensliebenden Nationen der Welt zu finden." Dennoch wurde die Besatzung Deutschlands ein langfristiges Unterfangen und wandelte sich im Laufe der Jahre zu einer robusten deutsch-amerikanischen Partnerschaft. Am 40. Jahrestag des Sieges der Alliierten in Europa im Mai 1985 sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker von der „Befreiung" Deutschlands von den Nationalsozialisten.

Amerika nahm seine Verantwortung als Garant von Frieden und Freiheit ernst. Henry Kissinger sollte später sagen: „Mehr als jemals zuvor gilt es, die Geschichte zu studieren, um zu erkennen, warum Nationen und Menschen erfolgreich sind und warum sie scheitern." Zwei Weltkriege überzeugten die Isolationisten in den Vereinigten Staaten, dass Amerika sich nicht einfach allein stellen könne. Die Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry Truman vereinbarten auf Grundlage dieser Einsicht die Atlantik-Charta, eine amerikanische Initiative für liberal-demokratische Kriegsziele und eine Nachkriegsordnung. Diese Grundsätze umfassten wirtschaftliche Offenheit, das gemeinsame Gestalten der westlichen politisch-ökonomischen Ordnung, Regeln und Institutionen für die westliche Weltwirtschaft, um ökonomische Stabilität und soziale Sicherheit zu befördern, sowie rechtsstaatlichen Konstitutionalismus.

Amerika hatte eine Strategie für Frieden und Wohlstand. Nur die Demokratie, so Truman, könne „die vitalisierende Kraft freisetzen, um die Völker der Welt zu erfolgreichem Handeln zu bewegen, nicht nur gegen ihre menschlichen Unterdrücker, sondern auch gegen ihre alten Feinde – Hunger, Elend und Verzweiflung".

Mit strategischer Weitsicht sah Truman in den transatlantischen Beziehungen das Fundament von Frieden und Sicherheit. Er förderte die internationale geldpolitische und finanzielle Zusammenarbeit und die Schaffung der Bretton-Woods-Institutionen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank, die für eine nachhaltige politische Stabilität unerlässlich sind. Die politische Vision hinter dieser Ordnung war ebenso wichtig wie die ins Auge gefassten ökonomischen Vorteile.

Die amerikanische Führung lotet nun neu aus, ob diese internationale Ordnung die Interessen von „America First" unterstützen kann. Die Welt scheint die Lehren aus dem 20. Jahrhundert wieder zu verlernen. Am Tag des Sieges der Alliierten in Europa sahen wir 1945 die Zerstörungen des Krieges. Wir haben die Erfordernisse und Verfahrensweisen der internationalen Zusammenarbeit gelernt und 75 Jahre Frieden und Wohlstand erlebt. Gegenwärtig ist das Coranavirus die größte Bedrohung der Menschheit.

Demokratien, denen es nicht gelingt, sich effektiv um die Belange und Sorgen der Menschen zu kümmern, machen sich angreifbar für Versprechungen von Populisten, die mit Ängsten operieren. Wir brauchen jetzt politische Führung mit strategischer Weitsicht, in der Zusammenarbeit mit China, angesichts der Brexit-Nachwirkungen, in allen Fragen der Globalisierung. Leider zieht sich Amerika gerade zurück. Kann die Fackel der Führungsmacht in Europa nun an Deutschland übergeben werden?

PRIVAT VIA XING

JAMES D. BINDENAGEL

war 1989/90 leitender Diplomat in der US-Botschaft bei der DDR in Ost-Berlin. Ab 1994 war er in der Botschaft in Bonn Stellvertreter des Botschafters. Seit 2014 hat er die Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Internationale Beziehungen an der Universität Bonn inne.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Kennzeichen

PRIVAT

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Abgesagt wurden die Gedenkveranstaltungen zum Ende des – von Deutschland herbeigeführten – Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 75 Jahren, der, was hier bisweilen in den Hintergrund rückt, in Asien noch ein weiteres Vierteljahr ausgetragen wurde: Mehr als 60 Millionen tote Zivilisten und Soldaten, Europa ein zerstörter Kontinent, Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, Millionen Flüchtlinge, Hungersnöte weltweit. Nie wieder gab es eine die ganze Welt erfassende Katastrophe – bis zum Frühjahr 2020. Erstmals seit der Zeit vor 1945 stellen Heimsuchungen alle Lebenswirklichkeiten rund um den Erdball in Frage. Vergleiche werden nun nahegelegt: „Wir sind im Krieg" (Emmanuel Macron); „Größte Herausforderung seit Kriegsende" (Angela Merkel). Ein „Weltkrieg 2.0"? Das auch noch angesichts einer heraufziehenden ebenso weltumspannenden Klimakatastrophe? Aber: Die Städte sind nicht zerstört. Die Millionenzahlen von Opfern der Kriegsjahre werden nicht erreicht werden. Nie war die Welt so reich wie heute. Doch das Virus hat nicht nur die Überforderung von Gesundheitssystemen mit ihren Opfern zur Folge. Weltweit. Es hat die Köpfe erfasst. Auch weltweit.

Die „Trümmerfrauen", die den Schutt zerbombter Städte wegräumten, wurden einst zum Symbol von Wiederaufbruch und vom Traum einer besseren Zukunft. Das Kennzeichen dieser Tage ist der Mundschutz, obwohl es doch Zweifel gibt, ob die Gesichtstücher wirklich Schutz bieten. Die Menschen 1945 standen Schlange, weil es tatsächlich an allem mangelte. 2020 tun sie es aus Furcht, es könnte sein, dass der Nachschub nicht geliefert wird. 1945 ging es um Zigaretten, Brot und Butter. 2020 um Klopapier und Desinfektionsmittel. Der Unterschied hinter dem Unterschied: 1945 war das Schlimmste ausgestanden. Nun herrscht die Angst, das Schlimmste komme noch – als befänden wir uns nicht im Jahr 1945, sondern 1939. Angst essen Seele auf. Die Nachkriegsgeborenen der Industrienationen und der freien Welt erleben erstmals, was „Hamstern" in der Praxis bedeutet. Erstmals auch machen sie Erfahrungen mit (digitalen) Schwarzmarkthändlern und Denunzianten – von wegen „Abstandsgebot". Rosinenbomber und amerikanische GIs, die Schokolade verteilten, waren 1945 der Nachweis von Hilfsbereitschaft und davon, der 8. Mai sei nicht der Tag der Kapitulation, sondern der Tag der Befreiung. 2020 ist der Traum vom „American Way of Life" ausgeträumt.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Kolumne: Günter Bannas | Layout: Gordon Martin

Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de |

© DER HAUPTSTADTBRIEF 2020